

Protokoll

über die 12. Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses in der 2. Amtszeit

Sitzungstermin: 13.06.2022

Sitzungsort: in Präsenz im Brandenburg-Saal

Sitzungsleitung: Herr Mones (Vorsitzender)

Protokollführung: Sonja Steinbach

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss über die Tagesordnung

➔ **Protokollanlagen:** Keine

Gesprächsinhalte:

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden. Zu Beginn der Sitzung sind 25 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Die Tagesordnung wird mit folgenden Änderungen beschlossen: ehemals TOP 6 „Information und Austausch zum Sachstand Kita-Rechtsreform“ wird in der Tagesordnung vorgezogen und damit neu TOP 4, die folgenden Tagesordnungspunkte ändern sich entsprechend in der Nummerierung.

Abstimmungsergebnis

Ja: 25

Nein: 0

Enthaltung 0

Weitere Verabredungen: Keine

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung des LKJA am 25.04.2022

➔ **Protokollanlagen:** Verabschiedete Fassung des Protokolls vom 25.04.2022

Gesprächsinhalte: Das Protokoll der Sitzung am 25.04.2022 wird ohne Änderungen verabschiedet.

Abstimmungsergebnis

Ja: 24

Nein: 0

Enthaltung: 1

Weitere Verabredungen: Keine

TOP 3 Berufung eines weiteren Mitglieds in den Unterausschuss HzE nach § 16 (6) GO LKJA

BE: Herr Dr. Einig in Vertretung für Herrn Decker (UA HzE)

➔ **Protokollanlagen:** keine

Gesprächsinhalte:

Herr Dr. Einig stellt den Beschlussvorschlag in Vertretung für Herrn Decker aus dem UA HzE vor.

Es folgt die Abstimmung der BVL 115-35-22 mit dem Beschlussvorschlag:

Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss stimmt dem Vorschlag zu und wählt gemäß § 16 Absatz 6 Geschäftsordnung LKJA

1. Angela Schmidt-Fuchs (Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.)
in den Unterausschuss Hilfen zur Erziehung.

Abstimmungsergebnis

Ja: 25

Nein: 0

Enthaltung: 0

Der Vorsitzende stellt das Ergebnis fest und gratuliert Frau Schmidt-Fuchs zur Wahl als weiteres Mitglied in den Unterausschuss.

Weitere Verabredungen: Keine

**Neu TOP 4: Information und Austausch zum Sachstand Kita-Rechtsreform
BE: Herr Mones, Frau Bauer (UA Kita), Herr Westphal (MBS)**

➔ Protokollanlagen: Keine.

Frau Bauer berichtet aus dem UA Kita. Dieser habe sich intensiv auf seiner letzten Sitzung mit dem aktuellen Sachstand auseinandergesetzt. Frau Bauer stellt den Beschlussvorschlag (BVL 116-35-22) vor, den der UA Kita kurzfristig in die Sitzung einbringt. Sie erläutert, dass zunächst eine Adressierung des Landtags geplant gewesen sei.

Es findet ein Austausch dazu statt, ob der LKJA das Mandat hat, einen Beschluss zu fassen, der sich an den Landtag richtet. Ergebnis des Austauschs ist, dass der Antrag sich, wie in der BVL 116-35-22 niedergelegt, an die Landesregierung wenden soll. Es findet ein weiterer fachlicher Austausch zum Beschlussvorschlag statt.

Im Antrag soll die Formulierung im Satz 1 des Beschlussvorschlags von „den“ in „einen“ Gesetzentwurf geändert werden. Außerdem soll bei Zustimmung zum Beschluss eine Pressemitteilung erscheinen. In dieser Pressemitteilung soll ein Signal in Richtung der Legislative zur geforderten Wiederaufnahme des Gesetzesvorhabens gesendet werden.

Es findet ein fachlicher Austausch zum Sachstand der Kita-Rechtsreform statt. Besprochen werden unter anderem das Thema Überlastung und Überlastungsanzeigen, die Ergebnissicherung des Arbeitsstandes der Kita-Rechtsreform, geplante Anträge im Landtag und Anträge in Jugendhilfeausschüssen und Kreistagen einzelner Landkreise.

Bedauert wird, dass der Brief des LKJA an den Ministerpräsidenten Herrn Dr. Woidke noch unbeantwortet sei. Es soll hierzu eine Nachfrage bei der Staatskanzlei geben.

Der Beschlussvorschlag 116-35-22 mit folgendem Beschlusstext wird abgestimmt:

„Der Landes-Kinder- und Jugendausschuss empfiehlt der Landesregierung dringend, einen Gesetzentwurf für das geänderte Kitagesetz des Landes Brandenburg zeitnah in den Landtag einzubringen, so dass ein Inkrafttreten des geänderten Kita-Gesetzes bis zum 1.8.2024 gewährleistet ist. Dazu ist es notwendig zur Abstimmung der konkreten Finanzierungs- und Umsetzungsfragen umgehend einen Verhandlungsprozess der Landesregierung mit den

Kommunen und ihren jeweiligen Spitzenverbänden, den freien Trägern sowie Eltern und deren jeweiligen Spitzenverbänden aufzunehmen.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 20

Nein: 1

Enthaltung: 3

Der Vorsitzende stellt das Ergebnis fest, der Beschlussvorschlag ist angenommen.

Weitere Verabredungen: Die Geschäftsstelle erkundigt sich bei der Staatskanzlei zum versandten Brief. Eine Pressemitteilung zu dem Beschluss 116-35-22 soll veröffentlicht werden.

Neu TOP 5 Information zum aktuellen Stand und Austausch zur Umsetzung KJSG

BE: Herr Westphal (MBJS), Herr Mones und Vorsitzende der Unterausschüsse

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Herr Westphal führt zum Sachstand des Prozesses zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes im Land Brandenburg ein. Im Juni soll die Phase II des Beteiligungsprozesses starten, in der der LKJA eine besondere Rolle einnimmt. Das „Konzept zur Beteiligung und Gestaltung des Prozesses zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes“ beschreibt den insgesamt drei-phasigen Mitwirkungs- und Beteiligungsprozess und ist als Tischvorlage ausgelegt.

Herr Westphal kündigt den Versand eines Schreibens an den LKJA an. Diesem Schreiben soll eine Übersicht möglicher Regelungsgegenstände eines Kinder- und Jugendschutz- und fördergesetzes beiliegen. Dieses Schreiben soll bis Ende Juni versandt werden.

Die möglichen Regelungsgegenstände eines zukünftigen Kinder- und Jugendschutz- und –fördergesetzes sollen ein vorläufiges, nicht abgeschlossenes, stichpunktartiges Dokument sein, das zur Weiterarbeit im Prozess dient. Es sei weder notwendig noch zu erwarten, dass eine Befassung des LKJA mit jedem möglichen Regelungsgegenstand erfolge.

Das MBJS plant, die Organisation und Steuerung des Beteiligungsprozesses zu unterstützen. Der Beteiligungsprozess der Phase II soll nicht die spätere formelle Verbändeanhörung und –beteiligung ersetzen. Dieser Prozess soll voraussichtlich im Frühjahr 2023 beginnen.

Herr Westphal berichtet weiter, dass ggf. die Einholung externer Gutachten geprüft werden könne, es wird um Mitteilung gebeten, wenn dieser Bedarf gesehen wird.

Er weist auf die Grenzen des Beteiligungsverfahrens hin. Nicht alles, was diskutiert und gefordert werden wird, werde einfließen können. Er weist auf die Grundlage und den unbedingten Bezug auf das SGB VIII hin.

Es findet ein fachlicher Austausch zu den Planungen statt.

Herr Dr. Einig zeigt für den UA HzE, Unterstützungsbedarf in Begleitung und Steuerung des Prozesses in Phase II an.

Aus dem UA Kita meldet Frau Schiefelbein den Bedarf von weiteren bzw. ergänzenden Veranstaltungen an. Die Umsetzung der Phase II in dem regulären Sitzungsturnus des UA Kita sei nicht möglich.

Herr Thiele drückt seine Bedenken in Bezug auf den Zeitplan aus und schlägt vor, dass Themen wie zum Beispiel Inklusion unterausschussübergreifend bearbeitet werden könnten.

Herr Mones spricht sich für einen Absprachetermin mit dem Vorstand und den UA-Vorsitzenden aus, um Absprachen zum weiteren Prozess zu treffen.

Es wird vereinbart, dass es einen Termin des LKJA-Vorstands und der Vorsitzenden der Unterausschüsse mit dem MBSJ geben soll, nachdem die möglichen Regelungsgegenstände an den LKJA versandt wurden. Zu diesem Termin soll auch eine Vertretung des SFBB eingeladen werden.

Es findet ein fachlicher Austausch zu mögliche Formaten statt, die unterstützend wirken könnten wie zum Beispiel Fachveranstaltungen, organisiert durch Wohlfahrts- und/oder Fachverbände bzw. mit Unterstützung des SFBB.

Der Prozess der Beteiligungsphase II soll Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Die Bedeutung der Kinder- und Jugendbeteiligung im Prozess wird betont. Herr Westphal und Frau Krumrey skizzieren die Planungen für Phase III des Beteiligungsprozesses, unter anderem sind im Herbst Kinder- und Jugendkonferenzen geplant.

Weitere Verabredungen: Es wird vereinbart, dass es einen Termin des LKJA-Vorstands und der Vorsitzenden der Unterausschüsse mit dem MBSJ geben soll, um die Umsetzung der Phase II konkret zu planen. Zu diesem Termin soll auch eine Vertretung des SFBB eingeladen werden.

Neu TOP 6: Information und Austausch zur Ukraine-Lage aus Sicht der Kinder- und Jugendhilfe

BE: Herr Westphal (MBSJ), Herr Mones, Vorsitzende der Unterausschüsse, Frau Dr. Seewald

➔ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

Die Unterausschüsse melden den Diskussionsstand zu dem Thema zurück, es findet ein fachlicher Austausch unter anderem zur Änderung der Kita-Personalverordnung statt.

Frau Dr. Seewald (MSGIV) berichtet zum Thema psychosoziale Belastungen in Zusammenhang mit Migration und Flucht insbesondere in Hinblick auf die Zielgruppen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Es findet ein fachlicher Austausch statt, dabei werden unter anderem die Themen Sensibilisierung von Fachkräften, Niedrigschwelligkeit von Hilfen für die Zielgruppe und notwendige Netzwerkstrukturen bzw. mögliche Zusatzqualifikationen von Fachkräften bzw. Unterstützung von Ehrenamtlichen thematisiert. Die Familien- und Erziehungsberatungsstellen werden als mögliche Anlaufstellen benannt.

Weitere Verabredungen: Keine.

TOP 7: Rücksprache und Austausch zur möglichen Beteiligung junger Menschen im LKJA und seinen Unterausschüssen

BE: Herr Feuerschütz

➔ Protokollanlagen: Keine.

Herr Feuerschütz berichtet zu den Planungen eines Konsultationsmodells junger Menschen, das im UA JJJ derzeit beraten wird.

Er erfragt den Arbeitsstand zur Beteiligung der anderen Unterausschüsse. Aus dem UA HzE wird der Kinder- und Jugendhilfelandesrat (KJLR) als wichtiger Partner und die Dialogforen des KJLR als wichtiges Element der Beteiligung im Arbeitsfeld HzE benannt. Auch im UA Kita und UA JJQ gibt es Beratungen zu dem Thema.

Weitere Verabredungen: Die Unterausschüsse möchten an dem Thema Beteiligung junger Menschen an der Arbeit der Unterausschüsse weiterarbeiten und werden im LKJA dazu berichten.

TOP 8: Bericht der obersten Landesjugendbehörde

BE: Herr Westphal

→ Protokollanlagen: Keine.

Herr Westphal kündigt ein Schreiben zu § 38 SGB VIII „Zulässigkeit von Auslandsmaßnahmen“ an, das sich auf die Anforderungen an Auslandsmaßnahmen und deren Kontrolle bezieht.

Er berichtet außerdem zum Sachstand „Gute-Kita-Gesetz“.

Außerdem berichtet er zum Urteil des OVG zum Thema Ausgleich von Kostenbeiträgen von Eltern. Er kündigt dazu ein Schreiben an die Träger von Kindertagesstätten an.

Weitere Verabredungen: Keine

TOP 9: Bericht der Unterausschüsse

BE: Herr Feuerschütz, Frau Bauer, Herr Dr. Einig, Herr Thiele

→ Protokollanlagen: keine

Gesprächsinhalte:

9.1. Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Jugendschutz, BE: Herr Feuerschütz
Herr Feuerschütz berichtet zur Arbeit des UA JJJ. Aktuelle Themen sind unter anderem das geplante Kinder- und Jugendschutz und –fördergesetz und die Beteiligung von jungen Menschen an der Arbeit des Unterausschusses.

9.2. Kindertagesbetreuung, BE: Frau Bauer

Der Bericht aus dem UA Kita soll schriftlich nachgereicht werden. Herr Dr. Einig benennt die Themenschwerpunkte des UA: Kita-Rechtsreform, Einschulungstichtag, Kindertagespflege und die Umsetzung KJSG.

9.3 Hilfen zur Erziehung, BE: Herr Dr. Einig in Vertretung für Herrn Decker

Herr Dr. einig berichtet zum Prozess zum Thema Handlungsempfehlung für Qualitätsdialoge. Außerdem arbeitet der Unterausschuss an den Themen: Inklusive Hilfen im Betriebsurlaubsverfahren und Umsetzung KJSG.

9.4. JJQ: BE: Herr Thiele

Herr Thiele berichtet aus dem Unterausschuss JJQ. Aktuelle Themen sind Umsetzung KJSG und die Planung des Weiterbildungsprogramms SFBB für das nächste Jahr.

<u>Weitere Verabredungen:</u> Keine
TOP 10: Verschiedenes ➔ <u>Protokollanlagen:</u> Keine.
Die nächste Sitzung des LKJA wird am 29.08.2022 in Präsenz stattfinden.
<u>Weitere Verabredungen:</u> Keine
Herr Mones verabschiedet die Anwesenden und schließt die Sitzung um 17:40 Uhr.

Die nächste Sitzung des Landes-Kinder- und Jugendausschusses findet am Montag, **29.08.2022**, ab **14:00** Uhr statt.

gez. Bernhard Mones
Vorsitzender des LKJA

gez. Sonja Steinbach
Protokollführerin